

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	31. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	15. November 2016, 09:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Auszug aus dem Protokoll

(...)

Anträge Nrn. 39 - 42 (S. 149): Kommunalen Ordnungsdienst (KULT, FDP, AfD, FW/Stadtrat Schmitt, pl)

Stadtrat Cramer (KULT): Wie sich in einigen vorangegangenen Tagesordnungspunkten gezeigt hat und auch jetzt im letzten Tagesordnungspunkt, ist das Thema mehr Sicherheit in der Stadt ein Thema, was bekannt ist, ein Thema, wo das Problem erkannt wurde. Der Unterschied hier im Haus ist, welche Schlüsse zieht man daraus, welche Konsequenzen müssen wir als Kommune daraus ziehen, insbesondere für neue Einrichtungen und finanzielle Ausgaben. Da ist meine Fraktion von Anfang an - das ist hier im Hause bekannt - den Weg nicht mitgegangen, hier den KOD einzurichten, weil wir davon ausgehen, dass die Verbrechen, ich nenne es jetzt mal so platt, die die Leute am meisten beschäftigen, gar nicht vom KOD verhindert werden können oder wenn die Verbrechen geschehen sind, hat der KOD keine Einflussmöglichkeiten. Das ist auch unser Ansatz. Natürlich ist das ein überspitzter Antrag, dass wir gesagt haben, 800 Stellen für den KOD. Das ist natürlich eine gewisse Provokation, aber die haben wir ganz bewusst so gesetzt, weil wir damit aufzeigen wollen, wir brauchen viele Polizisten, aber richtige Polizisten. Das ist unser Ansatz und unsere politische Grundeinstellung, dass wir eben sagen, es ist nicht die Aufgabe der Stadt Karlsruhe, eine eigene Polizei zu haben, wie man es in den 50er- und 60er-Jahren hatte. Das wurde aus gutem Grunde damals eingestellt, wurden diese Aufgaben an das Land übergeben. Wir sind der Meinung, das muss unser politisches Ziel sein, dass wir da wieder hinkommen. Alle Parteien, die im Landtag vertreten sind, haben da die Aufgabe, über ihre Abgeordneten, über Parteigremien, da Einfluss zu nehmen.

Ich bin schon der Meinung, dass wir mal an den Innenminister und an den Ministerpräsidenten aus der Sicht der Karlsruher formulieren in einer Form, die man sich hier noch gemeinsam überlegen kann, dass wir sagen, liebe Landesregierung, lieber Winfried Kretschmann, das ist nicht unsere Aufgabe, hier in Karlsruhe, in anderen Städten auch nicht, eine eigene Polizei sozusagen als Notwehr zu haben. Mir ist schon klar, warum das hier mehrheitlich so gewollt wird, warum es von der Verwaltung gewollt und eingerichtet wird. Nur, wir wollen diesen Weg nicht mitgehen.

Ein konkretes Beispiel noch, Werderplatz, weil das heute auch schon Thema war. Was hat das Land gemacht. Sie hat die einzige Polizeistation, die dort über viele Jahrzehnte

ansässig war, abgezogen. Praktisch in Sichtweite vom Indianerbrunnen, wo die Probleme ja benannt werden, nicht nur hier aus unserem Gremium, sondern auch sehr stark aus der Bevölkerung. Wir bekommen die Mitteilung aus der betroffenen Bevölkerung, der KOD ist zwar da, aber der macht ja nichts. Er kann nichts machen. Er macht auch nichts. Er fährt vor, stellt sein Auto ab, es sitzen zwei Angestellte des KOD im Auto und gucken auf die Szene, machen aber nichts. Manchmal gehen sie raus, laufen herum, aber sie können nicht das Problem und die Ängste der Bürgerschaft beseitigen. Da gehe ich absolut davon aus, dass das mit einer richtigen Polizei anders wäre, dass da die Bürger das für sich anders sehen würden, wenn richtige Polizisten vor Ort sind, so wie früher, der Streife gelaufen ist. Wir hatten in Karlsruhe den „Eckenpfetzer“, der immer im Quadrat gelaufen ist und vor Ort war. Eine Zeitlang gab es mal so Fahrradstreifen. Alles ist eingestellt worden. Wir als Kommune müssen Aufgaben übernehmen, die eine originäre Aufgabe des Landes sind. Deswegen unser Antrag überspitzt, um hier auch mal Ross und Reiter zu nennen und einfach mal aus unserer Sicht die Diskussion mit anzustoßen.

Stadtrat Hock (FDP): Geschätzter Kollege Cramer, diese Rede von Ihnen hätte auch eigentlich eine Rede der FDP sein können. Wie Sie wissen, haben wir die letzten Jahre seit der Einführung des KOD diese Sache immer kritisch begleitet. Es wurde heute hier im Hause schon gesagt, die Zeiten haben sich geändert. Kollege Cramer hat natürlich recht mit dem, was er vorhin gesagt hat. Den „Eckenpfetzer“ und den Posten in der Südstadt gab es früher. Aber meine Damen und Herren, genau das ist nämlich unser Problem. Das gab es alles einmal, aber heutzutage nicht mehr.

Meine Fraktion hat in dem nächsten Gemeinderat einen Antrag eingebracht, wo es darum geht, u. a. vielleicht mal unseren Ministerpräsidenten darauf hinzuweisen, dass es in vielen großen Städten in den letzten Jahren stetig in der Kriminalitätsstatistik nach oben geht. Welche Schlüsse ziehen wir daraus? Wenn man den Sicherheitsbericht 2014 durchliest, den Sicherheitsbericht 2015 durchliest und die Berichterstattung in den BNN in den letzten Wochen liest, dann kann man nicht als Bürger in dieser Stadt und als Gemeinderat in dieser Stadt die Augen und Ohren vor diesen Problemen in unserer Stadt verschließen. Einen Punkt möchte ich hier jetzt herausgreifen, wie es bei der Raubstatistik im Moment läuft. Deutlich ist die Zunahme bei verschiedenen Raubdelikten. Überfälle auf offener Straße wurden 2015 gar in 73 % mehr Fällen als 2011 von der Polizei registriert. Dann, ich zitiere: Die Innenstadt mag bei Nacht auf offener Straße ein relativ unsicheres Pflaster sein.

Meine Damen und Herren, wir von der FDP waren in den letzten Jahren, ich hatte es anfangs schon gesagt, immer der Meinung, eigentlich ist es die Aufgabe unserer Landesregierung, gut ausgebildete Polizisten auf die Straßen Karlsruhes zu bringen.

(Zuruf **Stadtrat Dr. Fischer/KULT**)

Das gilt auch weiterhin, Kollege Fischer, klar. Nur, wenn Sie letzte Woche zugehört haben im Hauptausschuss. Dieser Vortrag hat mich jetzt nicht noch zusätzlich davon überzeugt, dass alles gut ist - im Gegenteil. Der Vortrag war meines Erachtens nicht so gut. Wenn man dann hört, dass es schwierig geworden ist und man müsse mehr Polizei auf die Straße bringen, aber man braucht fünf Jahre, um einen Polizisten auf unsere Stra-

ßen zu bringen, man braucht eine Landesregierung, die es auch will und die es auch umsetzt, dann muss man ehrlich sagen, da sind wir jetzt noch Lichtjahre davon entfernt. Deshalb meine Damen und Herren, kann man eines nicht machen. Man kann die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Ängsten und mit ihrem Sicherheitsempfinden in unserer Stadt nicht alleine lassen. Deshalb sind wir heute der Meinung - Kollege Cramer, das können Sie mir wirklich abnehmen, wir haben einige Diskussionen führen müssen zu diesem Punkt -, dass wir den KOD in Personenzahl erweitern möchten und hoffen dies heute auch mit Unterstützung anderer Fraktionen und Einzelstadträte zu tun. Eines ist klar, das wichtigste Thema, Herr Oberbürgermeister, Sie hatten es in Ihrer Haushaltsrede drin, ist das Sicherheitsempfinden unserer Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt. Die FDP-Fraktion ist sich ihrer Verantwortung bewusst. Wir wollen der Politikverdrossenheit keinen weiteren Vorschub leisten und der AfD die Leute massenweise zutreiben. Gehen Sie den Antrag der FDP heute mit. Wir würden uns sehr freuen und die Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt auch.

Stadtrat Bernhard (AfD): Die aktuelle Polizeistatistik belegt das, was die Karlsruher Bürger seit Jahren mit einem stark verschlechterten Sicherheitsempfinden auch deutlich zum Ausdruck bringen, mit harten Fakten, nämlich dass sich die Sicherheitslage in der Stadt stark verschlechtert hat. Allein im letzten Jahr hat sich die Kriminalitätsrate um 8 % verschlechtert. Ich kann mich noch an die Diskussionen im vergangenen Jahr erinnern, als man herumfabuliert hat von verschiedenen Seiten, insbesondere hier auf der rechten Seite von mir aus gesehen, als man schon über das schlechte Sicherheitsempfinden der Bevölkerung gesprochen hat und man dann gesagt hat, subjektives Sicherheitsempfinden und die objektive Sicherheitslage haben ja nichts miteinander zu tun. Man muss nur mit den Leuten reden und ihnen klar machen, dass es eigentlich nicht wirklich so schlimm ist wie sie es empfinden. Ich glaube, so dumm sind die Leute nicht. Man sollte wirklich, wenn sich solch ein Empfinden in der Bevölkerung breit macht, das nicht als Hirngespinnst abtun, wie das manche hier im Hause praktisch getan haben, sondern wirklich erst mal nach den Ursachen forschen. Die Ursachen haben wohl ganz offensichtlich harte Fakten.

Dass Karlsruhe die größte Steigerung der Kriminalitätsrate in ganz Baden-Württemberg hat, da sollten wir uns wirklich einig sein, dass wir das nicht tatenlos hinnehmen können und einfach zur Tagesordnung übergehen können und auf den nächsten Bericht warten und hoffen, dass bis nächstes Jahr alles wieder gut ist. Das wird sicherlich nicht passieren, sondern die Bürger erwarten von uns, dass wir die Sicherheitslage in der Stadt verbessern. Die Sicherheit der Bürger sicherzustellen ist eine der zentralen Kernaufgaben des Staates, und zwar zu jedes Tages- und Nachtzeit. Dabei darf es keine Kompromisse geben.

Eigentlich, es wurde schon ein paar Mal angesprochen, ist es eine Aufgabe der Landesregierung, hier für Sicherheit und ausreichend Polizeipräsenz zu sorgen. Aber wir wissen doch alle ganz genau, dass wir aus Stuttgart hier keine substantielle Hilfe, zumindest nicht schnell, erhalten werden. Deshalb sind wir unseren Bürgern verpflichtet, hier Abhilfe zu schaffen. Daher müssen wir uns selbst helfen. Es führt kein Weg daran vorbei, aus Stuttgart wird keine Hilfe auf absehbare Zeit kommen.

Wenn dann argumentiert wird, der KOD kann nichts machen. Natürlich kann er die Polizei vor Ort hier entlasten, damit die dann nämlich die Zeit haben, sich auch um die wirklichen Straftäter zu kümmern. Er hat auch eine Entlastungsfunktion für die Polizei selbst. Von daher ist es eine doppelte Funktion, die er hat. Wir müssen, da wir die Situation haben, dass 41 % der Menschen sich insbesondere nachts nicht sicher fühlen, auch die Zeiten unter der Woche - um 22 Uhr ist ja Schluss für den KOD - ausweiten. Das geht nur mit mehr Personal. Mit dem aktuellen Personal geht das natürlich nicht. Das muss natürlich passieren. Wir denken ganz einfach, die Bürger in unserer Stadt haben ein Recht darauf, sich in unserer Stadt sicher zu fühlen. Wenn das 41 %, das sind ja nicht unsere Zahlen, das sind die Zahlen der Stadt Karlsruhe, dies bei Nacht nicht tun, dann ist es höchste Zeit, dass etwas getan werden muss. Wir dürfen jetzt nicht auf den nächsten Bericht warten, sondern es die Pflicht von jedem von uns 48 Stadträten, hier etwas zu tun, damit sich die Sicherheitslage verbessert. Daher haben wir nur das einzige Mittel, den KOD zu erhöhen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Ich gebe zu, dass ich bei dem einen oder anderen Beitrag heute den Eindruck habe, dass der Anstieg der Statistik möglicherweise sogar am Karlsruher Ordnungsdienst gelegen ist. So richtig komme ich mit dem einen oder anderen Beitrag, übrigens mit dem Anfang ihres Beitrages von der FDP, auch nicht anders zu recht. Was ich hier gerne sagen möchte ist, dass die auch mit der CDU geführte Landesregierung 1.500 Stellen geschaffen hat und jetzt nach und nach auch schaffen wird. Das sind genau 1.500 Stellen, die vor ein paar Jahren abgeschafft wurden. Das nur mal so nebenbei. Dass man die jetzt nicht wieder so aus dem Nichts herausstampfen kann, ist offensichtlich auch von manchen hier verstanden worden. Das braucht seine Zeit, das ist nach Erfahrung auch mit mindestens vier bis fünf Jahren verbunden. Genau das ist es, weswegen wir uns sehr genau überlegen müssen, wie wir mit dem Potential des KOD umgehen. Der KOD ist präsent und dessen Präsenz hat natürlich seine Wirkung entfaltet und will vor Ort den dort Anwesenden mehr Sicherheit bieten. Das ist und bleibt eine absolut gute Initiative der CDU. Das lassen wir uns unter keinen Umständen zerreden. Wir stehen hinter dieser Idee, und zwar uneingeschränkt.

Da gibt es einen Antrag einer Fraktion dieses Hauses, der will eigentlich nicht ernst genommen werden, auch wenn Sie, Herr Cramer, versuchen, dies jetzt irgendwie sinnvoll zu verbrämen. Es ist nicht so, dass wir anerkennen können, dass Sie den KOD, seine derzeitige Schlagkraft und seine Kräfte, ins Lächerliche ziehen können. Wenn Sie nämlich z. B. von richtigen Polizisten reden, schon die Begrifflichkeit entlarvt Sie hier. Sie bringen ja ein Bild des nicht richtigen Polizisten, der eigentlich nicht das bringt, was er bringen soll. Das sehen wir wirklich diametral anders, das muss ich Ihnen sagen. Wenn Sie hier ernsthaft sagen, man müsse mit 800 Kräften hier reingehen in dieses unsichere Karlsruhe, dann meinen Sie ja auch 800 richtige Polizisten. Was für einen Staat haben Sie sich eigentlich vorgestellt oder wollen Sie uns hier nur zum Narren halten? Das können wir nicht akzeptieren. Das ist eine unwürdige politische Argumentation, die wir zurückweisen müssen.

Wir haben auch den Hauptausschuss verfolgt. Was uns dort sehr wichtig war, dass da der Ansatz einer fachlichen Diskussion geführt wurde, die wir in allen Punkten natürlich unterstützen. Herr Kriminaldirektor Rüttler hat ja gesagt, wo die Probleme sind, dass wir uns gebietsweise quartiersbezogene Konzepte ausdenken müssen, um mit Präsenz,

aber auch mit anderen Methoden, an den bestimmten kritischen Stellen - eine Stelle ist heute schon x-mal genannt worden - etwas zu machen. Wir wollen weiter auf diesem Niveau diskutieren. Wir wissen und verkennen die Sicherheitslage in dieser Stadt nicht. Vieles ist auch richtig hier angedeutet worden. Wir haben auch nach wie vor den Eindruck, dass die gefühlte Sicherheitslage leider Gottes von der objektiven Sicherheitslage eingeholt wurde. Deshalb muss auch etwas gemacht werden.

Wir sind deshalb auch nach einer lang angelegten Diskussion in der CDU dazu gekommen, dass wir den Antrag der Freien Wähler unterstützen werden. Also mit zweimal 10 Stellen für jedes Haushaltsjahr würden wir mitgehen, allerdings nicht bei dem Sachmitelantrag. Wir unterstellen auch, das will ich aber jetzt nicht so in den Vordergrund heben, dass diese Investition einen gewissen Refinanzierungsanteil hat. Darauf setzen wir und betonen, das will ich zum Abschluss sagen, bei einer richtigen Verzahnung und bei einer klaren Geschäftsverteilung zwischen KOD und der Polizei ist das nach wie vor der einzig richtige Schritt.

Stadtrat Schmitt (pl): Es war gut, dass Kollege Pfannkuch vor mir gesprochen hat. Ich habe sehr wohl registriert, Herr Kollege Pfannkuch, Sie können bestätigen, ob ich das richtig registriert habe, dass Sie unserem Antrag zustimmen werden. - Okay. Sonst hätte ich diesen Vortrag damit begonnen, indem ich gesagt hätte, in Karlsruhe beobachten wir zurzeit, wie sich die CDU, statt der AfD das Wasser abzugraben, ihr eigenes Grab schaufelt. Beim letzten Haushalt haben Sie, werte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ohne mit der Wimper zu zucken, einem Schuldenhaushalt zugestimmt, obwohl Sie uns hier zwei Tage lang erklärt haben, was an diesem Haushalt alles falsch ist - nämlich alles. Bis zu Ihrer Rede vorhin, Herr Pfannkuch, hat es so ausgesehen, als ob Sie heute in das genaue Gegenteil verfallen. Ich finde es positiv, dass dem nicht so ist. In der Hauptausschusssitzung sagten Sie ja, wir müssen auf diese Ergebnisse reagieren und den Kommunalen Ordnungsdienst stärken. Dafür werden wir uns im nächsten Doppelhaushalt einsetzen. Dass Sie das nun korrigiert haben, finde ich sehr gut.

Das diffuse Gerede der GRÜNEN zum Thema Sicherheit zeigt, dass diese Fraktion nur vor einem Angst hat, nämlich vor dem Klimawandel. Aber meine Damen und Herren von den GRÜNEN, Sie sollten einfach mal zur Kenntnis nehmen, dass viele Bürger inzwischen mehr Angst davor haben, abends aus ihrem Haus zu gehen als davor, dass der Meeresspiegel in 30 Jahren so hoch steht, dass wir alle nasse Füße bekommen. Die Angst der Bürger, Opfer eines tätlichen Übergriffes oder eines Diebstahls im öffentlichen Raum zu werden, hat in den letzten Jahren massiv zugenommen. Für diese negative Entwicklung des subjektiven Sicherheitsempfindens gibt es auch in Karlsruhe sehr wohl objektive Gründe, wie wir in der letzten Woche gesehen haben. Alleine der Anstieg der Straßenkriminalität von 23 % in nur einem Jahr wird seine Spuren hinterlassen.

Insofern finde ich es sehr schade, dass Sie, Herr Marvi, in der Sitzung des Hauptausschusses in erster Linie moniert haben, dass mit der Aufsplittung der Täter in Deutsche und nicht Deutsche, die Nichtdeutschen unter Generalverdacht gestellt würden. Ich bin mir sicher, dass das von den Herausgebern nicht beabsichtigt war, aber die Polizei muss doch wissen, wo und nach wem sie suchen soll. Da ist es eben nicht egal, ob die Täter in Karlsruhe wohnen oder ob sie aus dem Ausland angereist kommen und nach der Tat

auch dorthin wieder verschwinden. Ob man das nun so detailliert hätte veröffentlichen müssen, da gebe ich Ihnen recht, steht auf einem anderen Blatt. Ihre Argumentation, Kollege Marvi, zeigt mir, dass Sie sich mehr Sorgen machen um das Image der nicht deutschen Bevölkerung in Karlsruhe als um die Menschen, die Angst haben, Zufallsopfer im öffentlichen Raum zu werden. Aber nicht nur die Deutschen haben Angst davor, sondern auch die Nichtdeutschen, denn auch Nichtdeutsche werden in Karlsruhe Opfer. Das sollten Sie dabei nicht vergessen. Wir haben gesehen, dass von den 27.000 Straftaten, die einem bestimmten Stadtteil zugeordnet werden konnten, alleine 8.000 in der Innenstadt begangen wurden auf dem Gebiet zwischen Mühlburger Tor und Durlacher Tor, eigentlich ein kleines und überschaubares Gebiet, das man mit zwei Doppelstreifen zu Fuß sehr gut abdecken kann. Unabhängig von uns fordern es auch die Einzelhändler und die Gastronomen in der Innenstadt.

Bei einem runden Tisch vor drei Wochen mit Einzelhändlern und Gastronomen, Vertretern der Landespolizei und des KOD, haben sich die Vertreter der Polizei gewundert als die Händler forderten, geht zu Fuß, geht in unsere Geschäfte, zeigt mehr Präsenz. Der neue Chef des Polizeireviers Marktplatz, Lutz Schönthal, signalisierte sofort, dass er dafür gar nicht das Personal habe. Auch wir sind nicht der Meinung, dass es die Aufgabe der Landespolizei ist, in der Kaiserstraße spazieren zu gehen. Nein, das ist die Aufgabe der Polizeibehörde Stadt und damit des Kommunalen Ordnungsdienstes. Diese Fußstreifen müssen kommunikationstechnisch mit der Einsatzzentrale der Landespolizei vernetzt sein, um bei Bedarf sofort Unterstützung herbeiholen zu können. Aber der Haupteffekt von Fußstreifen in Polizeiuniform liegt in der Prävention. Deswegen, Herr Cramer, es geht nicht darum, dass nun der Kommunale Ordnungsdienst Straftäter festsetzt. Es geht um Prävention, in der Abschreckung potentieller Täter vor Straftaten, sei es Landendiebstahl, Taschendiebstahl im Freien, Handysraub usw.

Mannheim mit ebenfalls 300.000 Einwohnern hat heute schon 40 Mitarbeiter im Kommunalen Ordnungsdienst. Dort stockt man zurzeit auf 60 Mitarbeiter auf. Wir möchten in Karlsruhe auf 40 Mitarbeiter aufstocken. Deshalb lautet der Antrag von Jürgen Wenzel und mir, in 2017 zunächst zehn neue Mitarbeiter einzustellen und auszubilden, und bei Bedarf in 2018 zehn weitere. Nach Gesprächen mit KOD und auch den Kollegen von der Landespolizei gehen wir davon aus, dass man nicht gleichzeitig 20 Mitarbeiter ausbilden kann. Allerdings werden wir bei der Abstimmung die weitergehenden Anträge der FDP und auch der AfD unterstützen, Anträge, die eigentlich von der CDU hätten gestellt werden müssen. Dass sogar die FDP, die normalerweise für weniger Staat steht, erkannt hat, dass jetzt etwas zu tun ist, sollte allen hier in diesem Hause besonders zu denken geben. Auch freue ich mich darüber, dass die FDP-Fraktion als erste Fraktion im Gemeinderat erkannt hat, dass man das Thema Sicherheit nicht alleine der AfD überlassen kann. Herr Kollege Pfalzgraf, wenn Sie mir vorwerfen, ich würde mich mit diesem Thema profilieren, dann sollten Sie nicht vergessen, ich bin parteilos und werde wahrscheinlich in dem nächsten Gemeinderat nicht mehr vorkommen. Ich finde es erstaunlich, dass Ihnen zu einem solchen Engagement dann nur einfällt, dass der Betreffende sich profilieren möchte. Wenn ich das wollte, würde ich viel öfter hier reden. Ihnen ist vielleicht aufgefallen, dass ich relativ wenig hier rede.

Unseren Antrag bieten wir als Kompromiss für diejenigen an, die das Problem zwar auch sehen, aber der Meinung sind, dass zehn neue Mitarbeiter und damit eine zusätz-

liche Doppelstreife in der Innenstadt ausreicht. Ich kann nur einmal an CDU und auch SPD appellieren, heute ein Zeichen zu setzen und gerade das Thema Sicherheit nicht alleine den Kollegen von der AfD zu überlassen, denn viele Bürger wählen die AfD nicht, damit die AfD irgendwann 51 % der Stimmen bekommt. Sie wählen die AfD, um die anderen Parteien, insbesondere die CDU und die SPD, zu einer Änderung ihrer Politik zu bewegen. Wenn Sie wollen, dass die AfD klein bleibt, dann müssen Sie wenigstens Lösungen bringen für die Probleme, die auch Sie in Ihren Haushaltsreden schon als Problem erkannt haben und benannt haben. Das Schlimmste ist, nichts zu tun, wenn man erkannt hat, dass es Handlungsbedarf gibt. Ich muss Ihnen das leider sagen, auch wenn Sie das nicht gerne hören, meine Damen und Herren von der CDU, der SPD und auch von den GRÜNEN, es ist vor allem Ihre falsche Politik, die für den Aufstieg der AfD verantwortlich ist. Es ist Ihre inkonsequente Haltung, Ihre Ignoranz und Ihre Tatenlosigkeit bei den für die Bürger wichtigen Themen, wie beispielsweise beim Thema Sicherheit. Eine Haltung, die immer mehr Wähler in die Arme der AfD treibt. Ich hoffe sehr, dass auch die das erkennen und ihrer Verantwortung für diese Stadt endlich bewusst werden, und zwar bevor es zu spät ist.

Nun wollte ich eigentlich enden, aber ich möchte nun doch noch etwas zu dem viel zitierten Herrn Rüttler sagen. Ich hatte das Vergnügen, nach dieser Veranstaltung, mich eine halbe Stunde mit dem Herrn zu unterhalten. Ich habe ihm gesagt, alles, was sie in ihrer Rede gesagt haben, widerspricht eigentlich dem, was wir von ihren Kollegen von der Landespolizei und auch vom KOD hören. Sie haben gesagt, mehr Polizei schafft nicht mehr Sicherheit. Ich habe ihm gesagt, wenn sie das ernst meinen, dann müssten sie dafür sorgen, dass sowohl die Landespolizei wie auch die Kriminalpolizei reduziert werden. Dann sagte er mir, also wenn das so rübergekommen ist, dann war das falsch. Nun kam ein erstaunlicher Satz. Er sagte wortwörtlich: Es kann ja nicht sein, dass Hundertschaften KOD durch die Kaiserstraße marschieren. Dann dachte ich, wie kommt er darauf. Dann sagte er, da war doch dieser Antrag, 800 zusätzliche KOD-Mitarbeiter für die Stadt Karlsruhe. Dieser Mensch hat diesen Antrag ernst genommen und dann eine flapsige Rede gehalten, die ich vermutlich auch so gehalten hätte, wenn ich vorher gesehen hätte, welche Anträge hier gestellt wurden. Er hat sich gewundert, dass sich eine Fraktion in diesem Haus erdreistet hat, bei diesem Thema einen Witzantrag zu stellen. So kam das zustande, was er dazu gesagt hat. Wir werden Herrn Rüttler auch zu unserer nächsten Veranstaltung einladen. Das Gespräch war sehr konstruktiv, und wir haben uns am Ende gut verstanden.

Stadtrat Marvi (SPD): Sehr geehrter Herr Schmitt, Sie haben sich heute selbst als Hoffnungsträger bezeichnet. Besondere Hoffnung macht weder uns, noch der Bevölkerung, dass Sie versuchen, berechtigte Sorgen und Anliegen der Menschen zum Klimawandel mit Sorgen zur eigenen Sicherheit auszuspielen. Das macht uns in der Tat wenig Hoffnung, wenn das der Stil ist in manchen Teilen dieses Hauses ist. Es geht wirklich darum, wie es Kollege Hock gesagt hat, die Anliegen der Menschen ernst zu nehmen. Jedes Gewaltverbrechen, jede Straftat, jedes Kriminaldelikt in unserer Stadt ist selbstverständlich eines zu viel. Auch wir haben die Kriminalitätsstatistik aufmerksam gelesen und beobachten die Anpassung an die veränderte Sicherheitslage in unserer Stadt mit Zunahme von Wohnungseinbrüchen, Strafdelikten, Raubüberfällen mit größerer oder kleinerer Intensität, je nachdem, in welchem Stadtteil sie geschehen, mit Sorge. Selbstverständlich ist das so. Natürlich sehen wir auch die wachsenden Probleme an sozialen

Brennpunkten. Heute haben wir ausführlich z. B. über den Werderplatz gesprochen, ebenfalls mit Sorge. Wir sind als Kommune damit auf gleichzeitig mehreren Ebenen, die Sicherheit, Ordnung und Prävention erfordern, vor Herausforderungen gestellt. Jetzt kommt er vor diesem Hintergrund sehr darauf an, wie wir damit umgehen, ob wir als Stadträtinnen und Stadträte in Panik verfallen, unsere eigenen Möglichkeiten und Kompetenzen überschätzen und verwechseln oder ob wir es schaffen, immer noch in dieser Lage, in der wir uns befinden, einen kühlen Kopf zu bewahren und angemessene Antworten zu finden. Dazu einige wenige Anmerkungen.

Ich finde, wir sollten erstens nicht so tun, als ob wir uns als Großstadt Karlsruhe in einer ganz furchtbar einzigartigen sonderhaften Situation als Insel in Deutschland und Europa befinden und die Sicherheitsprobleme eine ganz einzigartige Form von kommunaler Handlung in unserer eigenen Kompetenz erfordern. Ich fand einige Dinge, die der neue Leiter der Kriminalpolizei hier gesagt hat, schon von der Analytik her sehr richtig. Die Rahmenbedingungen, die wir haben, sind durchaus vergleichbar mit anderen Großstädten, die Attraktivität, die Sogwirkung unseres Wohlstandes mit Kriminalverbrechen ist leider vorhanden. Unsere Ausgangslage als Einzugsgebiet auch für international organisierte Kriminalitätsbanden lässt sich nun mal nicht verändern und nicht wegreden.

Sehr geehrter Herr Schmitt, ich glaube Sie haben mir im Hauptausschuss nicht richtig zugehört. Ich habe die Herkunft von Menschen, die diese Straftaten begehen, überhaupt nicht in Abrede stellen wollen. Ich wollte nur, dass wir eines nicht tun unter dem Begriff Ausländerkriminalität, dass wir so tun, als ob ein besonderes und ernstes Sicherheitsproblem von den seit Jahren und auf Dauer hier bleibenden Migrantinnen und Migranten in unserer Stadt ausgeht, die sich zum überwiegenden Teil friedlich und rechtskonform verhalten. Wenn wir Menschen mit einem sogenannten Migrationshintergrund in unserer Stadtgesellschaft ein solches Stigma verleihen, leichtfertig von falschverstandener Ausländerkriminalität reden, die sie ja dann auch betrifft, dann schaden wir dem Zusammenhalt in unserer Stadt. Mehr wollte ich dazu gar nicht sagen.

Zweitens sollten wir gerade in dieser Situation unserer Polizei ein großes Vertrauen entgegenbringen. Ich finde, unsere Polizei macht eine hervorragende Arbeit unter den genannten Rahmenbedingungen. Wir sollten auf ihre Maßnahmen und ihre Strategie für die Themen Sicherheit und Ordnung, vor allem Kriminalitätsbekämpfung, auch in den kommenden Jahren setzen. Mit meinem Freund, Tilman Pfannkuch und der CDU-Gemeinderatsfraktion, werden wir so auf unseren CDU-Innenminister einwirken, dass er jetzt auch endlich etwas tut beim Baustopp der Polizeipräsiden, die ja auch Karlsruhe betreffen, damit wir mit diesem Projekt von Reinhold Gall, dem Umbau unserer Polizeipräsiden, zügiger vorankommen.

Drittens finde ich, müssen wir uns selbst disziplinieren, wenn es darum geht, dass wir als Kommune überhaupt wirklich zu dieser Sicherheitslage effektiv beitragen können. Ich möchte ausdrücklich die Kollegen von der KULT-Fraktion in Schutz nehmen. Was tut denn die KULT-Fraktion? Sie zeichnet natürlich mit ihrem aus Sicht der KULT-Fraktion ironisch gefärbten Antrag ein ernstes Anliegen nach. 800 Stellen bedeuten nichts anderes als den Aufbau einer Schatten- und Ersatzpolizeistruktur in Karlsruhe. Im Grunde genommen ist das einzig Verwunderliche nicht der Antrag der KULT, sondern dass manche der Antragsteller hier, die auch gesprochen haben, mit ihrer Art der verbalen

Radikalisierung, der Schreckensszenarien, der Umwälzung der Sicherheitsarchitektur, die wir hier in der Kommune benötigen würden, eigentlich diesen KULT-Antrag stellen müssten. Stattdessen stellen sie hier irgendwelche Anträge, wo man den KOD mal um 10, 15, 20 Stellen aufstockt. Da passen Wort und Tat nicht zusammen. Von daher mache ich gar nicht der KULT-Fraktion den Vorwurf, sondern sie zeichnet letztendlich eine Struktur nach, die wir als Kommune niemals realisieren können, die aufzeigt, dass es nicht in unserer Verantwortlichkeit liegt, hier Straftverbrechen und polizeiliche Aufklärungsarbeit zu ersetzen. Von daher sagen wir als SPD-Fraktion, wir finden es gut als flankierende und unterstützende Maßnahme, um das Sicherheitsgefühl in Karlsruhe zu stärken, dass wir den KOD haben. Wir haben das Projekt von Anfang an unterstützt. Wir haben beim letzten Doppelhaushalt mit dafür gestritten, dass es mehr Stellen für den KOD gibt. Wir wollen die Sicherheitslage mit kühlem Kopf in den kommenden Jahren beobachten und behalten uns vor, im nächsten Doppelhaushalt eventuell hierzu nachzusteuern, aber wir finden, dass wir uns vor allem auf die Dinge konzentrieren sollten, die in der Hand der Kommune liegen. Das sind nun mal Prävention, Deeskalierung von Brennpunkten. Damit leisten wir den wichtigsten Beitrag für Sicherheit und Stabilität in Karlsruhe.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Ich sage es mal ganz ehrlich. Ich habe auch schon die Polizei gerufen in Karlsruhe. Ich bin froh, dass sie gekommen sind und war auch vor allem froh, dass das Landespolizisten waren, die volle Befugnisse hatten, die die volle Ausrüstung hatten und nicht der KOD. Wenn ich mich daran erinnere, dass wir eine KOD-Broschüre bekommen haben - ich will niemanden vom KOD angreifen -, aber wenn ich mir diese KOD-Broschüre angeguckt habe, dann waren da einige Seiten, da waren das die Ansprechpartner vor Ort, da waren Fotos, wo der KOD sich mit Leuten auf der Straße unterhält und denen den Weg irgendwohin zeigt und solche Sachen. Wir merken, da ist eine relativ große Diskrepanz. Das ist etwas, wofür die Zeit bei der Landespolizei auch fehlt. Außerdem will ich Ihnen sagen, ich bin auch ganz froh, dass ich weiß, dass es mehr Polizei geben soll. Es gab eine Polizeireform, deren Ziel u. a. war, mehr Polizei auf die Straße zu bringen. Ich weiß, es gibt jetzt neue Stellen bei der Landespolizei, die auch auf der Straße eingesetzt werden sollen. Es wird reagiert. Wir wollen eigentlich mehr richtige Polizisten. Ich verstehe Sie alle so, dass wir alle mehr richtige Polizisten wollen. Verzeihen Sie mir, dass ich richtige Polizisten sage. Es ist nun mal ein qualitativer Unterschied da. Die Befugnisse sind nicht die gleichen und die Ausrüstung ist nicht die gleiche. Die Ausbildung ist auch nicht die gleiche. Wenn wir mehr solche Polizei wollen und jetzt eigentlich nur zuwarten müssen, dass diese kommt, warum wollen wir jetzt an dieser Stelle die Parallelstruktur, die wir haben, ausweiten?

Uns GRÜNEN ist schon bewusst, dass sich sowohl subjektiv als auch objektiv die Lage verändert. Uns GRÜNEN ist aber auch bewusst, dass wir nicht auf Dauer mit dem KOD einen Ersatz für mangelnde Polizei auf der Straße schaffen können. Ehrlich gesagt, was mich total ärgert, wenn wir an solchen Stellen nicht mitstimmen, dass uns zum Vorwurf gemacht wird, dass wir nicht sagen, die AfD hat recht und uns dann gesagt wird, wenn wir nicht sagen, dass die AfD recht hat und die darin bestärken, dann würden wir der AfD die Wähler zutreiben. Wenn ich jemandem recht gebe, dann schneide ich ihm nicht das Wasser ab. Ich verstehe Ihre Argumentationskette nicht.

Was für mich elementar ist, es werden neue Stellen geschaffen bei der Polizei. Wir haben einen KOD, der gewisse Aufgaben abdeckt, und es gab eine Reform, die mehr Polizei auf die Straße bringen soll. Am Werderplatz, wenn ich da ins KOHL gehe, um mir einen schönen Abend zu machen, dann ist da fast immer Polizei. Da ist im Moment ein Brennpunkt. Da ist entweder Polizei oder der KOD. Allerdings, was ich auch sehe, der KOD kann da nicht eingreifen, sondern der KOD steht daneben und ruft die Polizei. Da ist keine Möglichkeit, das zu ersetzen.

Ein anderer Punkt grundsätzlicher Natur. 100 % Sicherheit und 100 % Freiheit geht nicht. Wir sind auf einem ganz guten Weg auszuklamütern, wie viel Sicherheit und wie viel Freiheit wir brauchen. Ich glaube nicht, dass es hilft, überall jemand zu haben, der immer guckt, dass nichts passieren kann. Überlegen Sie mal, wie viel Leute wir anstellen müssten, für die präventive Wirkung, dass jemand kein Taschendiebstahl begeht, weil nebensächlich ein KOD-Mensch ist. Überlegen Sie sich einfach mal, dass überall ein Polizist jederzeit steht. Das wird nicht passieren. Taschendiebstähle lassen sich nicht mit einer Aufstockung verhindern, nicht mal mit 800 Stellen.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Wir Gemeinsam für Karlsruhe haben ein klares Ziel, wir möchten wieder eine unterdurchschnittliche Qualitätsrate in Karlsruhe. Wie führt der Weg dort hin? Hier ist die Frage, hilft es jetzt einfach KOD-Leute einzustellen. Wir von GfK waren immer dafür, dass wir Leute für den KOD eingestellt haben. Aber hilft es jetzt in diesem Moment. Da bin unglaublich dankbar für diese Erhebung. Wir haben eine Landkarte der Stadtteile, wir haben eine Landkarte der Kriminalitätsverteilung. Das ist ein Analyseinstrument, das wir überhaupt nicht ausgenutzt haben. Wir müssen in der Tat gucken, welche Kriminalitätsrate kommt wo bevorzugt vor. Wir müssen fragen, wie kann man dem tatsächlich begegnen. Ist der KOD immer der Hammer im Werkzeugkasten oder müssen wir andere Werkzeuge reinmachen. Deswegen sagen wir es als Gemeinderat immer, Leute wir brauchen ein Konzept und dann handeln wir. Ich sage an der Stelle, wir brauchen wirklich ein Sicherheitskonzept für verschiedene Stellen in der Stadt, um dann gezielt eingreifen zu können. Deswegen jetzt nicht einfach Stellen schaffen um jeden Preis. Wir brauchen gute Konzepte und die dann umsetzen mit einer hohen Dringlichkeit, weil die Bürgerschaft in der Tat verunsichert ist, weil sie zum Teil nicht wissen, was von unserer Seite her kommt. Wir müssen aktiv sein. Das ist vermittelbar, dass wir nicht einfach sagen, KOD her, sondern es müssen Konzepte her und wir handeln. Deswegen werden wir keinem KOD-Antrag zustimmen, aber nicht aus dem Grund, weil wir dagegen sind, sondern weil wir einfach nicht sagen, das ist die Lösung, KOD um jeden Preis.

Stadtrat Wenzel (FW): Ich möchte mal erinnern, wie das war. Der KOD ist damals durch einen Gemeinschaftsantrag von CDU und SPD und den damaligen zwei Freien Wählern zustande gekommen. Als diese Idee des KOD kam war klar, der KOD ist keine Polizei, er ist keine Kriminalpolizei. Es ist ein kommunaler Ordnungsdienst, der die Polizei unterstützen kann. Wir haben die Aufgaben des KOD in den letzten Jahren immer weiter aufgebauscht. Wir haben die Kontrolle der Sperrzone, wir haben hier Turmbergterrassenkontrolle, wir haben den Streifendienst am Werderplatz. Es sind aber immer noch die gleichen Personen. Deshalb bin ich auch dankbar, dass die CDU erkannt hat, sie haben das Thema Sicherheit immer gehabt, dass man nicht nichts tun kann. Das wäre genau das Schlimmste. Die FDP hat es auch erkannt. Bei den Diskussionen im

Landtagswahlkampf haben wir gesehen, wie schwer es ihnen gefallen ist, aber sie haben erkannt, man muss etwas tun. Die GRÜNEN erkennen ja auch, wenn wir nichts tun beim CO₂-Ausstoß werden wir tatsächlich in den nächsten Jahrzehnten ernsthafte Probleme bekommen. Darum tun sie auch etwas. Wir haben erkannt, dass wir jetzt Probleme haben. Wir müssen der Polizei, die wirklich sehr gute Arbeit leistet, die Arbeit abnehmen. In unseren Gesprächen haben wir erkannt, die Polizei ist dankbar, dass der KOD da ist. Deshalb gibt es auch den Antrag der FDP, der von uns unterstützt wird, zu Fragen, könnte das Land nicht den KOD unterstützen, dann haben wir vielleicht finanziell hier eine Möglichkeit. Der KOD wird niemals Verbrechen aufklären können, aber er kann verhindern, weil er anwesend ist. Jemand in Uniform, egal ob da Polizei oder Polizeibehörde steht, verhindert. Die Geschäftsleute in der Innenstadt, die davon betroffen sind, profitieren davon. Deshalb war unser Antrag bzw. der Straftatenatlas da um zu zeigen, wo ist Karlsruhe sicher, da gibt es sehr sichere Orte, und wo ist Karlsruhe unsicher. In diesem Bereich, das ist die Innenstadt, müssen wir etwas tun.

Kollege Kalmbach hat jetzt ausgesprochen, was wir immer wieder gesagt haben, wir brauchen ein Konzept für Sicherheit in der Innenstadt. Aber von nichts kommt nichts. Das weiß jeder, also brauche ich Personal. Diese Aufstockung, das hat mein Kollege Schmitt gesagt, ist ja der erste Weg. Sollten die Straftaten in der Stadt rückgängig sein, können wir reagieren. Das haben wir heute auch gemacht. Das ist aber für den Bürger ein Signal, vor allem für die Geschäftsleute, die darunter leiden, wir sind handlungsfähig als Gemeinderat. Wir tun etwas. Zu sagen, wir machen nichts, das wird sich von alleine regeln. In 25 Jahren gibt es mehr Polizei. Denken Sie daran, die 68er-Welle der Polizeieinstellungen kommt erst noch. Ob sie jetzt 1.500 Polizisten einstellen oder 3.000, das wird nicht reichen, wenn die erst in fünf Jahren kommen. In den letzten Jahren wurde der freiwillige Polizeidienst abgeschafft. Auch das sind Hilfen für die Polizei, die fehlen. Deshalb ist es wichtig, hier als Gemeinderat zu sagen, der KOD wird aufgestockt, wir beobachten die ganze Sache. Wenn die Welle der Kriminalität nachlässt, dann können wir auch entsprechend reagieren, wie wir in den Anträgen hier gesehen haben. Deshalb bin ich für alle dankbar, die diese Anträge unterstützen, dass wir als Gemeinderat die kritischen Situationen erkannt haben und auch handeln.

Der Vorsitzende: Wir beginnen die zweite Runde.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Erst einmal Respekt, lassen Sie mich mit diesem Begriff beginnen. Respekt vor Ihnen, Herr Pfannkuch, und ihrer Fraktion, dass Sie sich mit unserem zugegebenermaßen provozierenden Antrag so konstruktiv auseinandergesetzt haben. Respekt vor Ihnen, Herr Marvi, der Sie diesen Antrag aus unserer Sicht perfekt verstanden haben. Respekt vor Herrn Konrad, der in einer Altersklasse ist, die übrigens von Gewalttaten am stärksten betroffen ist, genau analysiert hat, wo die Probleme liegen. Respekt vor Herrn Kalmbach, der darauf hingewiesen hat, dass es einen KOD nicht um jeden Preis geben darf.

Lassen Sie mich auf dieser konstruktiven Ebene weiter argumentieren. Herr Pfannkuch, Sie sprachen von der subjektiven und objektiven Sicherheitslage. Ein Thema, das auch Kollegin Leidig vorhin schon mal angesprochen hat. Ich komme nachher noch einmal darauf zurück, dass es keinen Sinn macht, an der subjektiven Sicherheitslage zu arbeiten, sondern man muss an der objektiven arbeiten. Aber noch einmal zur subjektiven

Geschichte. Da zitiere ich nochmals Herrn Rüttler, den Kripochef der Stadt Karlsruhe, der deutlich im Hauptausschuss gesagt hat, lasst die Kirche im Dorf. Wir formulieren das bei KULT mit unserer zugegebenenmaßen manchmal saloppen Art so, die Innenstadt-West ist nicht die Bronx. Das ist ein Unterschied, das sollte man auch wahrnehmen.

Dann der zweite Begriff nach Respekt ist für mich der Begriff Politikverdrossenheit, der heute auch schon fiel. Ich sage, ich postuliere - man möge mir widersprechen, wenn man es widersprechen kann -, wenn etwas zu Politikverdrossenheit führt, dann ist es, wenn die Politik Lösungen beschließt, die keine Lösungen sind, die das nicht beseitigen, wofür sie da sind. Ganz klar, angesichts des Sicherheitsberichts kann es nicht sein, dass eine Aufstockung des KOD auch nur irgendetwas an dieser objektiven Sicherheitslage ändert, wenn es um Raub, Einbrüche, Ladendiebstähle oder so etwas, geht. Da muss ich jetzt schon sagen, Herr Wenzel, ich zitiere Sie: Wir tun etwas, das sollten wir zeigen. Herr Bernhard, Sie haben gesagt, die Bürger erwarten. Deswegen schlage ich nicht noch lange etwas vor, was an dem Problem nichts löst, weil das erhöht die Politikverdrossenheit. Wenn ich von Ihnen höre, Herr Bernhard, als zweiten Satz: Wir müssen uns selbst helfen. Das erinnert man den einen Western. Das sagen irgendwelche Leute, die sich um den Marschall versammeln, wenn er nicht agieren will. So kann man keine Politik machen. Jetzt wurde das Beispiel Mannheim genannt. Mannheim hat viermal so viele KOD-Mitarbeiter. Vor 1 ½ Wochen war ein Bericht in den BNN über das Sicherheitsgefühl in Mannheim, das total schlecht ist, genauso wie bei uns. Also das nützt nichts.

Jetzt komme ich zum Thema Land und Polizei. Ich finde es klasse, wie positiv hier im ganzen Saal die Polizei des Landes gesehen wird. Ich persönlich sage, die deutsche Polizei ist überhaupt im internationalen Maßstab ein verdammt guter Haufen. Da fühle ich mich auch sicher. Ich sage ganz ehrlich, obwohl ich französisch und englisch kann, in einem anderen Land habe ich eher mal so Schwierigkeiten, zu einem Polizisten hinzugehen und zu fragen, wo geht es da hin oder was kann ich da und da tun. Bei der deutschen Polizei fühle ich mich da sicher. Da muss ich sagen, der Abbau der Polizei in diesem Bundesland fand unter schwarz-gelb statt. Grün-rot hat wieder aufgestockt, aber das dauert natürlich, bis die bei uns auf der Straße sind, weil die Ausbildung halt drei Jahre dauert. Wenn ich dann auch noch sehe, dass die Polizisten, die wir vielleicht schon hätten, dass die statt Doppelstreife auf der Kaiserstraße zu laufen, was wir alle gerne hätten, verheizt werden - ich sage jetzt nicht Fußballspiele, ich sage z. B. bei blöden Demonstrationen, wenn sich da zwei Gruppen gegenüberstehen und sich gegenseitig anbrüllen -, da stehen hunderte, fast tausende von Leuten rum, muss ich sagen, ich hätte die lieber auf der Straße, wo sie wirklich etwas für uns bringen, als dass sie da die Gruppen auseinanderteilen müssen.

Jetzt Blick in die Geschichte. Warum wurde der KOD gegründet? Wir haben zu diesem Haushalt darauf verzichtet, eine Auflösung des KOD zu fordern, obwohl das für uns die ideale Gegenfinanzierung für alle Maßnahmen gewesen wäre. Wir respektieren, dass eine Mehrheit des Hauses den KOD will. Aber warum haben wir ihn denn gegründet? Da gab es unglaublich viele Forderungen, z. B., dass in den Stadtteilen Veranstaltungen einfacher stattfinden können. Das war ein Antrieb. Ein anderer Antrieb war, dass die Ordnungswidrigkeiten wie Kippen wegschmeißen an Haltestellen verfolgt werden. Davon haben wir uns schon lange verabschiedet, weil das war - wie vorhergesagt - kein

Erfolg. Aber z. B. die Aufgabe, den Daxlander Fastnachtsumzug wieder zu ermöglichen, würde ich für eine sinnvolle Aufgabe für den KOD halten, aber nicht in der Verbrennungsszene von Karlsruhe zu agieren, weil dafür ist die Polizei da. Das kostet richtig Geld, das kostet auch das Land Geld, und das Geld haben wir schon gar nicht. Von daher gesehen ist klar, worauf die Mehrheit in diesem Saal baut.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Ich wollte nur ganz kurz etwas klarstellen. Sie tun alle so als würde das jetzt ewig dauern, bis ein Polizist auf die Straße kommt. Der Deal ist doch, dass wir einen großen Teil Verwaltungsangestellte holen, die bereits ausgebildete Polizisten bei ihren Büroarbeiten entlasten, damit die Polizisten direkt auf die Straße kommen können. Es ist nicht so, als ob erst in fünf Jahren etwas passiert, sondern da passieren jetzt Sachen. Es kommt jetzt mehr Polizei auf die Straße.

Stadtrat Hock (FDP): Viele der Beiträge haben mich jetzt nicht überzeugt und lassen mich auch von unserem Antrag keinen Millimeter abrücken. Deshalb noch einmal zur Klarstellung. Wir haben uns unterhalten mit Streifenpolizisten in Karlsruhe, die gesagt haben, es ist für uns sinnvoll, dass es den KOD gibt, weil sie uns viele Aufgaben abnehmen, die uns belasten und unsere Zeit in dieser Stadt erschöpfen. Was sie auch gesagt haben war, dass es problematisch ist, dass der KOD dann irgendwann um 24 Uhr nach Hause geht. Man hat auch öfter gehört, dass es dann hieß, die Leute haben ein Problem, haben beim KOD angerufen und gesagt bekommen, nein, wir können nicht mehr kommen, in 10 Minuten ist bei uns Ende. Deshalb müssten sie zur Polizei und bis da alles durch war hat es dann ewig gedauert. Deshalb war unser Antrag, da möchte ich noch einmal darauf zurück, 14 Leute jetzt und 16 das Jahr darauf. Für uns ist es wichtig, dass wir auch in der Nachtzeit die Polizei in ihrer Arbeit entlasten können. Deshalb haben wir das mit diesen 30 Leuten gemacht.

Nichtsdestotrotz habe ich bei allen Rednerinnen und Rednern den Eindruck in diesem Haus, dass wir es uns nicht einfach machen. Das weiß ich auch. Die Bürger nehmen das ernst. Ich akzeptiere jede Meinung, auch die von SPD, Grüne und KULT. Das ist überhaupt kein Problem, aber schauen Sie sich bitte alle Unterlagen an. Sie werden feststellen, wir haben das Problem jetzt und müssen als Stadt jetzt handeln. Deshalb bleiben wir bei unserem Antrag und hoffen, dass der eine oder andere uns Vertrauen schenkt, dass es mit diesem Antrag mitgehen kann. Ganz ehrlich, Sie wissen, dass wir von der FDP uns das mit Sicherheit nicht einfach gemacht haben. Wir sind einfach der Meinung, dass wir handeln müssen zu diesem vom OB immer wieder gesagten Sicherheitsempfinden in unserer Stadt.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Vielen Dank für den ersten Beitrag an Herrn Konrad, weil er hat für mich, vielleicht auch für andere, die zugehört haben, erklärt, warum die SPD diesem Antrag nicht zustimmen kann, die GRÜNEN auch nicht, ganz einfach, weil wir ihn gestellt haben. Entschuldigung. In Zukunft werden wir die gegenteiligen Anträge stellen, damit sie am Ende dem zustimmen können, was sie eigentlich wollen. Genauso haben sie es vorhin erklärt, weil sie uns ja nicht rechtgeben dürfen. Sie können ja der AfD nicht rechtgeben. Das geht einfach nicht. Deswegen müssen sie den Antrag jetzt ablehnen. Sie tun mir wirklich leid, denn sie vergessen dabei eines. Wir sind als Stadträte zwar unserer Partei, aber vor allem unseren Wählern, den Bürgern dieser Stadt, verantwortlich.

Herr Marvi, es hilft wenig, wenn Sie sagen, in ganz Deutschland ist es schlimm. Da ist die Bundespolitik dafür verantwortlich, nicht wir oder die europäische Politik auch. Es ist in ganz Deutschland schlimmer geworden, Sie haben recht. Das ist für uns aber keine Entschuldigung, die Hände in den Schoß zu legen. Übrigens machen dies die anderen Städte auch nicht. Die anderen Städte versuchen es auch in dieser schlechten bundespolitischen Lage und in dieser Misere bei der Polizei. In Baden-Württemberg haben wir auf Fläche und Einwohner bezogen die wenigsten Polizisten, auch wenn es wahrscheinlich die besten in Deutschland sind nach meinem Empfinden, aber wir haben die wenigsten. Diese Probleme, die vom Land, vom Bund und von der EU kommen, sind hier präsent. Unsere Bürger in unserer Stadt wollen von uns einen Beitrag zur Lösung haben. Wir können uns nicht darauf zurückziehen, dass andere Städte dasselbe Problem haben. Wenn wir wissen, dass es fünf Jahre dauert, um einen Polizisten auf die Straße zu bringen, einen Landespolizisten, den wir dringend brauchen, das haben wir im Landtagswahlkampf auch gesagt, wir haben vehement mehr Polizei eingefordert, dann können wir nicht einfach abwarten. Wir können nicht einfach sagen wie die GRÜNEN, es ist doch alles auf einem guten Weg, jetzt wartet doch mal drei Jahre, es geht auch schneller, es dauert nicht fünf, es dauert drei Jahre. Wir sagen den Bürgern, wartet doch einfach drei Jahre. Nein, die Bürger haben das Problem jetzt.

Wenn ich mir die Umgebung anschau, meine persönliche Umgebung, da hat sich einiges geändert in den letzten zwei Jahren. Da schließen Leute ihre Tür jede Nacht ab, die das früher nie gemacht haben. Da haben Leute ganz andere Lebensgewohnheiten als früher, weil sie dazu gezwungen sind. Das ist nicht etwa mehr Freiheit, sondern das ist ein Gefühl der Angst, die die Leute dazu bringt. Die wollen Lösungen haben. Wir können nicht als Stadtrat sagen, geht uns nichts an, fragt den Bund, fragt die EU. Das geht nicht. Wir müssen das tun, was wir können. Wir haben leider nur den KOD. Wir wissen, dass er eingeschränkt ist. Das ist leider so, aber er kann unsere Landespolizei entlasten, er kann als Ansprechpartner für die Bürger zur Verfügung stehen, er kann helfen, Polizeieinsätze zu koordinieren, indem er nämlich die Polizei ruft, indem er Ansprechpartner ist. Dann ist für die Bürger unserer Stadt schon viel gewonnen. Wenn Sie wirklich sagen wollen, dass Sie das nicht tun wollen für die Bürger unserer Stadt, dann möchte ich sehen, wie Sie diesen Bürgern entgegentreten.

Der Vorsitzende: Das war der letzte Wortbeitrag. Wir kommen zur Abstimmung. - Ein Antrag zur Geschäftsordnung.

Stadtrat Cramer (KULT): Nach der Diskussion jetzt. Wir stellen unseren Antrag nicht mehr zur Abstimmung.

Der Vorsitzende: Damit können wir gleich zum Antrag Nr. 40 gehen, dem Antrag der FDP. Ich bitte um das Kartenzeichen. - Bei 7 Zustimmungen mehrheitlich **abgelehnt**.

Wir kommen zum Antrag Nr. 41 der AfD. Ich bitte um das Kartenzeichen. - Das sieht genauso aus. 7 Zustimmungen, der Rest **Ablehnung**.

Jetzt kommen wir zum Antrag der Freien Wähler bzw. Herrn Stadtrat Schmitt. - Ich bitte da um das Kartenzeichen. - Bei 20 Zustimmungen mehrheitlich **abgelehnt**.

(...)